

SPD zu Grüner Gentechnik / Genfood

Am 4.12.2011 hat die SPD auf ihrem Parteitag u.a. beschlossen:

„Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lehnen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen und insbesondere deren Verwendung zu Lebensmittel- und Futtermittelzwecken ab, da er nicht kontrollierbar ist, ein Verunreinigungsrisiko für Umwelt und gentechnikfreie Lebensmittelwirtschaft darstellt, von der Bevölkerung nicht akzeptiert wird, und weitere langfristige Folgen des Einsatzes der Grünen Gentechnik wissenschaftlich noch nicht geklärt sind.“

Jahrzehnte lange Praxiserfahrung zeigt, dass die Grüne Biotechnologie mit ihren Auswirkungen auf die Artenvielfalt, die Futtermittel- und Lebensmittelkreisläufe nicht kontrollierbar ist. So werden immer häufiger gentechnische Verunreinigungen in Saatgut und auch in Lebensmitteln festgestellt.

Das Bundesverfassungsgericht hat im November 2010 zu Recht darauf hingewiesen, dass die Ausbreitung von gentechnisch verändertem Material, einmal in die Umwelt ausgebracht, schwer oder gar nicht begrenzt sei. Es bestätigte damit juristisch die naturwissenschaftlich naheliegende Unkontrollierbarkeit und verwies auf die besondere Sorgfaltspflicht des Gesetzgebers, der nach Artikel 20a des Grundgesetzes den Auftrag habe, „in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen.“

In Deutschland will die SPD ein nationales Anbauverbot für gentechnisch veränderte Pflanzen durchsetzen sowie auf EU-Ebene das Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) aussetzen und überprüfen lassen (Antrag im Deutschen Bundestag vom 05.07.2011 Drucksache 17/6479 „Vorrang für Verbraucherinteressen im Gentechnikrecht verankern“)

Die SPD begrüßt, dass der Europäische Gerichtshof im September 2011 entschieden hat, dass Honig nicht mehr verkauft werden darf, wenn darin Spuren von nicht zu Lebensmittelzwecken zugelassenen gentechnisch veränderten Konstrukten festgestellt werden.

Seit dem 18. April 2004 gilt europaweit die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebens- und Futtermittel. Zur strengen Überwachung der Kennzeichnungsregelungen in Deutschland hat die SPD das Gentechnik-Durchführungsgesetz gegen den Widerstand von CDU und FDP durchgesetzt.

Die SPD fordert darüber hinaus die Kennzeichnungspflicht von Milch, Eiern, Fleisch und daraus gefertigte Produkte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden.

Bereits 2008 konnte auf Initiative der SPD eine Kennzeichnungsregelung „Ohne Gentechnik“ durchgesetzt werden, mit der in Deutschland auf freiwilliger Basis Lebensmittel gekennzeichnet werden können. Dabei müssen auch Zusatzstoffe und Hilfsmittel gentechnikfrei sein und bei tierischen Erzeugnissen dürfen auch in der Fütterung keine gentechnisch veränderten Pflanzen eingesetzt werden. Zur Zeit setzen etwa 100 Unternehmen dieses Siegel ein.

Für Verbraucherinnen und Verbraucher ist dies im Augenblick die einzige sichere Möglichkeit, Produkte ohne gentechnische Verunreinigung kaufen zu können.